



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 25/9/2017; 09:00 UHR

Deutschland hat einen neuen Bundestag gewählt

von NORBERT F. TOFALL

- Die größte Verliererin der gestrigen Bundestagswahl ist Bundeskanzlerin Angela Merkel. Obwohl sie zurücktreten müßte, will sie Bundeskanzlerin bleiben.
- Da die SPD bereits angekündigt hat, in die Opposition zu gehen, bleibt im Moment nur eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen für die Regierungsbildung, was mit schwierigen und langwierigen Verhandlungen verbunden sein könnte.
- Für die europapolitischen Forderungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron entsteht durch eine Jamaika-Koalition in Deutschland die Gefahr, daß die FDP Vetopositionen gegen weitere Zentralisierungen und fiskalische Vergemeinschaftungen in der EU und im Euroraum einnehmen könnte.

Die große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel war im Jahr 2013 mit einem Stimmenanteil von 67,2 Prozent gestartet. Bei der gestrigen Bundestagswahl kam sie laut vorläufigem amtlichen Endergebnis nur noch auf einen Stimmenanteil von 53,5 Prozent. Nicht der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, der nie Teil der Bundesregierung war, ist deshalb der größte Verlierer dieser Wahl, sondern Bundeskanzlerin Angela Merkel. Martin Schulz hat aufrecht, wenn auch oft hilflos und auf verlorenem Posten gekämpft. Die Verantwortung für die Politik der Bundesregierung trägt er jedoch nicht. Die Verantwortung für die Politik der Bundesregierung trägt Angela Merkel.

Und es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die durch ihre Flüchtlingspolitik die AfD, welche sich im Sommer 2015 bereits selbst zerlegt hatte, nicht nur wiederbelebt, sondern auch mit 12,6

Prozent zur dritten Kraft im Deutschen Bundestag promoviert hat. Die SPD hat Merkels Politik zwar mitgetragen, ebenso wie ihre Euro-Politik und ihre Energiewende. Aber die Flüchtlingspolitik ist ebenso wie die heutige Euro-Politik und die Energiewende primär die Politik von Angela Merkel. Sie trifft deshalb die Hauptverantwortung für die Verluste ihrer großen Koalition, in welcher CDU/CSU 8,5 Prozentpunkte und die SPD 5,2 Prozentpunkte verloren haben. Die Union kommt so nur noch auf einen Stimmenanteil von 33 Prozent, die SPD auf 20,5 Prozent.

Die Linke kam gestern auf 9,2 Prozent, Bündnis90/Die Grünen auf 8,9 Prozent und die FDP auf 10,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die sich in den letzten Jahren entwickelnde Änderung der deutschen Parteienlandschaft ist damit im Deutschen Bundestag angekommen.



Mit Überhangs- und Ausgleichsmandaten wird der 19. Deutsche Bundestag 709 Abgeordnete umfassen. Vorgesehen sind eigentlich nur 598 Abgeordnete, von denen 299 direkt und 299 über die Landeslisten gewählt werden.

Da niemand mit der Linken und der AfD koalieren möchte und die SPD bereits angekündigt hat, in die Opposition zu gehen, verbleibt im Moment nur eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen für die Regierungsbildung. Diese wird nicht einfach werden, weil FDP und Grüne auf vielen Politikfeldern entgegengesetzte Positionen vertreten. Angela Merkel dürfte hingegen zur Erhaltung des eigenen Amtes die ihr eigene Flexibilität an den Tag legen.

Für den französischen Präsidenten Emmanuel Macron entsteht durch eine Jamaika-Koalition in Deutschland eine höchst mißliche Situation. Am 7. September 2017 wurde er in der französischen Zeitung Le Monde in dem Artikel „Eine Koalition der CDU mit der liberalen Partei: Der Albtraum von Macron“ mit den Worten zitiert: „Si elle s’allie avec les libéraux, je suis mort (wenn sie sich mit den Liberalen verbündet, bin ich tot)“. Die Gefahr, daß die FDP in einer neuen deutschen Bundesregierung Vetopositionen gegen weitere Zentralisierungen und fiskalische Vergemeinschaftungen in der EU und im Euroraum einnehmen könnte, wird im europäischen Ausland als durchaus real betrachtet. Sollten die Liberalen bei ihrer Position bleiben, was ihr Parteivorsitzender Christian Lindner gestern in der sogenannten TV-Elefantenrunde bereits angekündigt hat, müßten sowohl Angela Merkel als auch die Grünen ihre unterstützende Haltung für Emmanuel Macrons europapolitische Forderungen aufgeben, wenn eine Jamaika-Koalition zustande kommen soll. Auf jeden Fall dürfte die Europa- und Europapolitik der größte Spaltpilz innerhalb einer Jamaika-Koali-

tion darstellen. Entweder sie kommt wegen dieser Frage erst gar nicht zustande oder sie scheitert im Laufe der nächsten zwei Jahre, falls Angela Merkel versuchen sollte, die FDP zur Aufgabe ihrer Position durch eigenmächtige Zusagen an andere europäische Regierungen zu zwingen. Der FDP dürfte aufgrund ihrer Erfahrungen zwischen 2009 und 2013 mit Angela Merkel mehr als bewußt sein, daß sie in dieser Frage nicht umfallen darf.

Sollte eine Jamaika-Koalition nicht zustande kommen, stellt sich natürlich die Frage, wer dann überhaupt noch mit Angela Merkel koalieren will. Falls die SPD auch in einigen Wochen bei ihrem Nein bleibt, könnten Neuwahlen folgen. Besser wäre jedoch, daß Angela Merkel spätestens dann die Konsequenz zieht und zurücktritt, was aus heutiger Sicht jedoch unwahrscheinlich ist.

Nach Karl Popper ist Demokratie die Chance, die jeweils Regierenden unblutig loszuwerden. Aber auch der unblutige Austausch der Regierenden muß organisiert werden. Lavieren à la Seehofer hilft da nicht weiter. Da es der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer in der Flüchtlingskrise mindestens dreimal versäumt hat, die CSU-Minister aus der Regierung Merkel zurückzuziehen, sollte man von ihm nicht allzu viel erwarten.

Die im vergangenen Wahlkampf zu beobachtende Wut und Überreiztheit in allen politischen und gesellschaftlichen Lagern sind emotionale gesellschaftliche Streßbewältigungsfolgen der äußerst umstrittenen Entscheidungen von Angela Merkel in Sachen Euro, Energiewende und Flüchtlingspolitik. Sollte die gestrige Bundestagswahl keine Politikänderungen bringen, sind auch in Deutschland weitere politische und gesellschaftliche Polarisierungen wahrscheinlich.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 25. September 2017, 09:00 Uhr.